

Wie steht es um die Mobilität im sozio-educativen Sektor?

Marie-Josée Jacobs (Familienministerin):

In der Regierungserklärung steht, dass Mobilität verbessert werden muss. Denn die Probleme, die hier in diesem Bereich bestehen, gibt es selbstverständlich auch in anderen Bereichen, wenn Leute vom Privatsektor zum Staat kommen möchten. Ich meine aber, es wäre durchaus vorstellbar, von der "enveloppe" wegzugehen und von den Posten und stattdessen zu sagen:

Von diesem Geld bezahlen wir Leistungen. Wir haben das zum Beispiel schon bei den "foyers de jour" bei den Kindern. Ich könnte mir also vorstellen, dass man das auch anderswo machen könnte. Und da würde dann verhandelt werden wie im kommerziellen Sektor. Nach Preisen und nicht mehr nach Posten. Das würde bedeuten, dass wir mehr Freiheit in diesem Sektor zulassen. Man kann sicher nicht alles auf einen Schlag gelöst bekommen, aber man wird sich für einen Weg entscheiden müssen: die Bezahlung nach Posten oder nach Leistung. Allerdings, wenn ich sehe, wie lange es dauert, um nur einen Satz in einer Konvention zu ändern, dann sind wir alle längstens pensioniert, eh' überhaupt irgendetwas in diese Richtung geschieht.

Jean Schoos ("administrateur délégué" des "Jongeneem" und Vertreter des Patronats):

Das mit der fehlenden Mobilität ist einerseits richtig, andererseits aber falsch. Man muss genauer hinsehen, in welche Richtung mehr Möglichkeiten in puncto Mobilität gefordert sind. Wenn man zum Beispiel einen Beschäftigten betrachtet, der innerhalb des konventionierten SAS-Sektors wechselt, dann hat dieser eigentlich keine Schwierigkeiten. Der nimmt seine bisherige Laufbahn mit. Jemand, der von außen in diesen Vertragsbereich hereinkommt, muss natürlich einen gewissen Verlust hinnehmen. Der bekommt tatsächlich lediglich fünfzig Prozent seiner Berufserfahrung anerkannt, wenn er in diesem Beruf gearbeitet hat. Kann er aber keine Berufserfahrung in dem Bereich vorweisen, für den er sich bewirbt, bekommt er überhaupt nichts anerkannt. Beim Staat ist das günstiger geregelt. Schwierig ist aber auch, dass einer, der in den staatlichen Bereich wechselt, dessen Regelungen unterliegt. Diese lassen die meisten Funktionäre in der Hierarchie ganz unten anfangen. Sie machen zunächst ihren "stage administratif" und bekommen eine neue "carrière" gerechnet. Bei der wird dann vieles einbezogen. Es gibt aber auch Grenzen, inwieweit ihre Gehälter angepasst werden können. Generell ist es für Leute aus dem privaten Sektor schwierig, in den staatlichen zu wechseln. Das gilt besonders wegen der Altersgrenze, von zurzeit 35 Jahren. Außer als "conseiller du gouvernement" besteht keine Möglichkeit zum Quereinstieg. Der Staat muss sehen, was er mit seiner Reform in dieser Frage erreichen will. Wir als Arbeitgeber haben da keinen Einfluss drauf. Nach unserem Vorschlag zu dem neuen Vertrag bleibt uns noch eine Möglichkeit: Wir können den Leuten sagen, die vom staatlichen Sektor zu uns in den konventionierten SAS-Sektor wechseln wollen, dass sie bei uns ihre "ancienneté" voll anerkannt bekommen. Wir haben in dieser Sache allerdings einen Streitpunkt, denn wir würden das gerne auf die berühmte "Enveloppe" umlegen. Schließlich ist so etwas nicht gratis.

DEBATTE

Streit im sozio-educativen Sektor



Vereint und doch getrennt: Arbeitgeber, Staat und Gewerkschaften.

(Fotos: Christian Mosar)

Ob Altenbereich, Früherziehung oder außerschulische Kinderbetreuung: Im sozio-educativen Sektor entstehen ständig neue Arbeitsfelder. Damit der Beruf attraktiver wird, muss er aufgewertet werden, fordern Gewerkschaften und Berufsverbände. Was sagen Staat und Patronat dazu? Lesen Sie Ausschnitte aus dem WOXX-Streitgespräch.

Worum geht es bei dem Konflikt um den neuen Kollektivvertrag?

Raoul Schaaf: 1999 wurde festgehalten, dass die Verhandlungsmasse bei einem neuen Kollektivvertrag dem entsprechen soll, was beim Staat im Fall eines "accord salarial" bezahlt würde. Dies ist nun einer der strittigen Punkte, weswegen wir eine Schlichtungsprozedur eingeleitet haben. Mit dem Prozentsatz, den uns das Patronat in diesem Kollektivvertrag anbietet, liegen wir noch ein gutes Stück unter der Verhandlungsmasse. Vom Patronat wird nun aber zusätzlich gefordert, dass die Verhandlungsmasse reduziert wird.

Wir verlangen aber für den Beruf des "éducateur" und des "éducateur gradué" eine Bezahlung, die den Studien der Betroffenen entspricht: Die Laufbahn des "éducateur" soll einem BAC-Abschluss entsprechen, die des "éducateur gradué" einem BAC+3. Das ist bislang nicht der Fall. Wenn wir den Kollektivvertrag der Krankenhäuser, in dem der Ausbildung Rechnung getragen wird, mit dem des Sozialsektors vergleichen, in dem Leute mit der gleichen Ausbildung und der gleichen Tätigkeit unterbezahlt sind, kommen wir auf einen Unterschied von rund 10 Millionen LUF in der Le-

benslaufbahn eines "Educa-teur gradué". Kein Wunder, dass die Betroffenen sauer sind, wenn nun in dem neuen Kollektivvertrag noch weniger herauskommen soll als eigentlich möglich wäre.

Raoul Schaaf:
"Wir verlangen aber für den Beruf des "éducateur" und des "éducateur gradué" eine Bezahlung, die den Studien der Betroffenen entspricht."

Thierry Lutgen: Ich teile diese Meinung. Im Sozialsektor gibt es eine Reihe von Ausbildungen, die BAC+3 entsprechen und die alle in derselben Laufbahn eingestuft sind, mit Ausnahme des "éducateur gradué". Man muss aber auch die Frage stellen: Entspricht die Arbeit im Sozialsektor nicht wie jene im Gesundheitswesen einem öffentlichen Bedürfnis? Wenn das der Fall ist, wenn die Gesellschaft diesen Sektor braucht, darf man nicht argumentieren: Das können wir uns nicht leisten und dieser Sektor kommt uns zu teuer zu stehen.

Gibt es Gründe für diese gravierende Ungerechtigkeit?

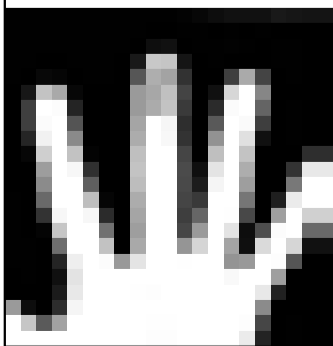
Jean Schoos: Die Verhandlungen waren erst gescheitert, als 97 Prozent der 778 Befragten äußerten, sie seien nicht mit den Patronatsvorschlägen einverstanden. Gleichzeitig wurden neue Forderungen gestellt. Die liegen über jenen, die die Gewerkschaften anfangs präsentiert hatten. Wir sollten dem Schlichter alle Möglichkeiten lassen, dazu beizutragen, eine Lösung zu finden und diesen Diskussionen hier nicht vorgreifen.

Wir hatten in den letzten 20 Jahren vier Kollektivverträge, die alle eigentlich nur eine Laufzeit von zwei Jahren haben sollten. Man sieht also, dass es immer schwierig war, diese Verhandlungen zu führen. Bis 1999 kamen aber die Angestellten und Arbeiter unseres Sektors in den Genuss der gleichen Lohnverbesserungen wie die im staatlichen Sektor. Verhandlungen wurden lediglich um die Arbeitsbedingungen geführt. Beim Kollektivvertrag von 1990 wurde schon deutlich, dass es problematisch ist, Tarife aus dem öffentlichen Sektor auf Angestellte des Privatsektors anzuwenden.

Der Kollektivvertrag von 1999 enthielt nun eine komplette Abkopplung vom staatlichen Entlohnungssystem. Wenn so ein radikaler Bruch kommt, können in der Hektik

Fondation Kannerschlass

Helfen Sie uns die Rechte der Kinder zu verteidigen
CCP 5152-11



schon einige Sachen passieren, die später zu Schwierigkeiten führen. Der 1. Januar 1999 sollte als Nullpunkt gelten, ab dem jede Gehaltssteigerung, wie sie im öffentlichen Sektor beschlossen wurde, in Form einer "enveloppe" an das Personal weiterzugeben sei. Das eigentliche Problem liegt beim Volumen der Gehältermasse. Vom Staat wird uns ein anderes Volumen zugestanden, als sich das die Gewerkschaften errechnet hatten. Es gibt sowohl eine Differenz zwischen den Gewerkschaftsforderungen und dem, was der Staat zugestehen will, als auch zwischen dem, was der Staat geben will und was das Patronat bereit ist, in den Kollektivvertrag einzuschreiben.

Jean Schoos:
"Der Staat hat sich selbst ein Korsett angezogen, weil das Gesetz eingehalten werden muss."

Stimmt es, dass in diesen Verhandlungen das Familienministerium fehlt?

Marie-Josée Jacobs: Wenn ich den Kopf in den Sand stecken wollte, wäre ich heute abend nicht hier. Zu diesem Zeitpunkt, während dem die Schlichtung eingesetzt wurde, möchte ich mich jedoch nicht in die Verhandlungen mischen. Schließlich soll dort eine Einigung gefunden werden.

Das Familienministerium steht mit seinen über 200

Konventionen allerdings nicht allein. Darüber hinaus gibt es welche in der Kultur, im Unterrichtswesen, im Umweltbereich, beim Außenministerium, usw. Im Kollektivvertrag von 1999 war das festgehaltene Volumen höher, als es das Gesetz zuließ. Wir waren aber damals als Staat nicht kleinlich, damit der Sektor über die Runden kommen konnte und kleinere Betriebe nicht in Zahlungsnöte geraten müssten. Doch sind uns aufgrund des Gesetzes gewisse Grenzen gesetzt. Nun kann man sagen, dass das falsch ist. Dann aber müssen wir das Gesetz ändern. Wir müssten zudem auch andere Verhandlungswege beschreiten: Es ist an der "Fonction publique" und dem Finanzministerium zu verhandeln. Das Familienministerium ist nur ein kleiner Partner in diesem ganzen konventionierten Bereich.

Raoul Schaaf: Der WOXX ist heute abend wenigstens in Ansätzen das gelungen, was uns während 12 oder 15 Jahren, trotz langer Forderungen, nie gelungen ist: nämlich, die Partner an einen Tisch zu bekommen, die in den Verhandlungen eine Rolle spielen. Wir haben immer eine Tripartite verlangt: sowohl mit den Vertreter des Patronats und den Gewerkschaften als auch mit den Ministerien, die die Konventionen unterschrieben haben. Aber leider verhandeln wir hier heute abend keinen neuen Kollektivvertrag.

Auf der einen Seite wird Privatvereinigungen eine sehr große Verantwortung

auferlegt - nämlich das Führen von Betrieben, die eine gesellschaftlich wichtige Arbeit leisten -, auf der anderen Seite aber besteht kein Freiraum, direkt mit dem Patronat zu verhandeln. In anderen Bereichen, in denen ich als Gewerkschaftler Kollektivverträge aushandle, sitzt mir am Tisch eigentlich immer der unmittelbare Arbeitgeber gegenüber. Der kennt normalerweise seine Konten und weiß, wie weit er gehen kann. Das hatten wir in diesem Sektor nie. Der Arbeitgeber, der uns gegenüber sitzt, hat immer noch einen Partner im Rücken, der sagt, was ausgegeben werden darf

Thierry Lutgen:
"Wir brauchen eine gewisse Ausbildung, um ein bestimmtes Maß an Qualität liefern zu können."

Wie groß ist denn die Autonomie der Arbeitgeber?

Jean Schoos: Wir sind heute sicher autonomer als noch vor 20-25 Jahren. Als der Staat begonnen hat, sich mit sozialen Diensten auszustatten, wurden diese Aufgaben an private Dienste delegiert. Die können flexibler reagieren als der Staat. So konnten auch die Lohnkosten unter Kontrolle gehalten werden in einem Bereich, in dem massiv eingestellt werden musste. Die Struktur der "asbl" bot dem Staat auch die Möglichkeit, die Aktivitäten der "asbl" zu lenken. Anfangs ließ man sich das gefallen. Der Dissens kam erst später, als die "asbl" sich emanzipierten und Professionelle die Leitung der Betriebe als Alltagsjob erledigten. Diese fühlten sich zunehmend von der staatlichen Bürokratie gehemmt.

Beim ASFT-Gesetz kam es zu einem Bruch. Demzufolge hat sich der Staat aus der Geschäftsführung der sozialen Dienste zurückgezogen, um sich auf seine Rolle als Geldgeber und Aufsichtsbehörde zu beschränken. Gleichzeitig gab es aber auch eine Loskopplung vom staatlichen Entlohnungssystem. Dabei kam es zu Divergenzen in der Frage nach der Äquivalenz. Wir haben einen Interpretationskonflikt. Es gibt eine Scheere zwischen der Bezahlung im staatlichen und im Privatsektor. Der Staat hat sich selbst ein Korsett angezogen, weil das Gesetz eingehalten werden muss. Ich bin froh, dass die Familienministerin vorhin ihre Bereitschaft zeigte, nötigenfalls das Gesetz zu ändern.

Weshalb wird bei der Ausbildung die Latte immer höher gelegt?

Thierry Lutgen: Im Lauf der Zeit wurden immer neue Bedürfnisse entdeckt, auf die mit sozio-educativer Arbeit

reagiert werden musste, so dass der Sektor stark angewachsen ist. Es kommen immer noch neue Felder hinzu. Unsere Vereinigung findet es deshalb wichtig festzuhalten, was wir an Leuten, an Ausbildungen und an Weiterbildungen brauchen und wie die Arbeit in Zukunft aussehen soll. Wir haben in verschiedenen Bereichen nicht mehr genügend Leute, um die Arbeit zu bewältigen, müssen also Leute mobilisieren, in den Beruf einzusteigen. Dazu müssen die notwendigen Bedingungen geschaffen werden.

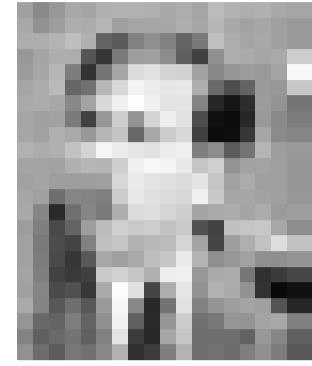
Bevor gefordert wird, dass die Leute längere Studien machen und länger in Ausbildung gehen sollen, müssen zuerst einmal die Basisstudien anerkannt werden. Wir brauchen eine gewisse Ausbildung, um ein bestimmtes Maß an Qualität liefern zu können. Die existierenden Berufe liefern diese Qualität. Deshalb müssen sie entsprechend anerkannt werden.

Marie-Josée Jacobs:
"Wenn man die Situation vergleicht mit jener im Gesundheitswesen oder im Schulbereich, versteht man, dass da eine gewisse Unzufriedenheit herrscht."

Marie-Josée Jacobs: Das Personal bemängelt oft, dass die Ausbildung ungenügend ist und verlangt, dass ein Jahr Ausbildung angehängt wird. Natürlich folgt automatisch als Reflex die Forderung, dann auch mehr zu verdienen. Bei dem neuen Gehaltensystem, das ja mehr Freiheit bietet für den Kollektivvertrag, könnte ich mir vorstellen, dass es zu Umschichtungen kommt, damit die Ausbildung anerkannt wird.

Ich sehe jedoch auch ein, dass langfristiger Handlungsbedarf besteht. Wenn man die Situation vergleicht mit jener im Gesundheitswesen oder im Schulbereich, versteht man, dass da eine gewisse Unzufriedenheit herrscht. Ich kann mir vorstellen, dass sich in den nächsten Jahren hier etwas tun wird. Ich kann mich hier zwar nicht zeitlich festlegen, aber wenn es zu dem Punkt kommt, werde ich selbstverständlich diese Argumente unterstützen, die meiner Meinung nach auf berechtigten Forderungen fußen.

Wie sieht die Berufsgewerkschaft das Problem der Mobilität?



Thierry Lutgen (Association Professionnelles des Educateurs gradués):

Wenn wir davon ausgehen, dass es sich bei dem staatlichen und dem privaten Sozialsektor um ein gesamtes System handelt, so muß man das System auch als solches behandeln. In verschiedenen Strukturen werden erfahrene Mitarbeiter gebraucht. Hierzu muss man auf Leute zurückgreifen, die über eine

gewisse "ancienneté" verfügen. Diese sollten zunächst eine bestimmte Ausbildung haben: Neben der Grundausbildung gehören dazu in der Weiterbildung erworbene Kenntnisse. Beschäftigte mit einem solchen Profil können oder wollen sich nicht vorstellen, dass sie, wenn sie von einem Sektor in den anderen überwechseln, finanzielle Verluste hinnehmen müssen. Wir haben einerseits das Problem des Kollektivvertrags, bei dem nur fünfzig Prozent der "ancienneté" anerkannt werden und in bestimmten Fällen sogar null Prozent. Und beim Staat besteht das Problem, dass maximal zwölf Jahre "ancienneté" anerkannt werden, wenn man in diesen Bereich überwechseln will. Nun ist es so, dass auch jemand mit zwanzig Jahren Berufserfahrung nicht automatisch zum alten Eisen gehört. Denkbar wäre zum Beispiel jemand, der vom Privatsektor in den staatlichen Sektor, vielleicht nach Schrässig, überwechseln will. Die zwanzig Jahre Berufserfahrung, die diese Person mitbringt, dürfen sich nun nicht als Strafe auswirken, indem sie nicht angerechnet werden. Wenn man sagt, das Ganze ist ein System, dann muss man den privaten und den konventionierten Sektor sowie den staatlichen, die Gymnasien und neuerdings auch den Gemeindesektor auch wie ein Ganzes behandeln. Hören wir auf mit den Unterteilungen und sehen berufsbedingte Wechsel künftig als eine Mobilität im gesamten Sektor. Wir wünschen uns Leute mit der nötigen Erfahrung. Aber wir wollen auch offen sein für Leute, die nach einer gewissen Anzahl von Jahren den Sektor wechseln wollen. Denn sie sorgen für frischen Wind und hocken so auch nicht jahrelang in demselben Betrieb. All das sind Sachen, die zwischen den Gewerkschaften und den "Ententes" durchaus auf einer Ebene verhandelt werden könnten. Aber auch da ist die Regierung auf einem anderen Niveau gefordert, diese Anerkennung zu regeln, z.B. durch eine Gesetzesänderung oder ein Reglement.

Hat es der OGB-L versäumt, sich genügend für die Educateurs einzusetzen?



Raoul Schaaf ("secrétaire général" des "SEW-OGBL"):

In der Debatte sind die Berufsbezeichnungen der Educateurs nicht aufgezählt worden. Es soll aber ganz klar sein: Wir sind eine Vereinigung, die eine Abteilung "Professions socio-éducatives" hat. In der sind alle möglichen Berufe aus dem sozio-educativen Sektor vertreten. Und das sind zu einem ganz großen Teil Educateurs. Es ist ganz

klar, dass der OGBL in allen seinen Anfragen und Forderungen, sowohl gegenüber den Parteien als auch bei allen anderen, bei denen wir waren, nie allein Forderungen für eine verbesserte Ausbildung und Bezahlung der Educateurs gradués erhoben hat, sondern natürlich auch für die Educateurs. Es ist darüber hinaus klar, dass das zwei Professionen in den Bereichen sind, die gebraucht werden. Wir fordern für den Educateur den BAC+1. Wir haben darüber hinaus eine ganze Reihe an Überlegungen und Vorschlägen gemacht, besonders was den Wechsel von einem Beruf in den anderen angeht: Es kann nicht sein, dass jemand, der bereits eine dreijährige Grundausbildung am IEES gemacht hat, im Falle des Wechsels noch einmal drei Jahre dranhängt. Und dabei womöglich Teile einer Ausbildung wiederholt, die er doch schon gemacht hat. Deshalb bestehen wir darauf, dass außer der "Vor-Ausbildung" des Educateurs auch die Berufserfahrung mit in Betracht gezogen werden muss. Es gibt wohl kaum einen anderen Sektor, in dem so viele Fortbildungen gemacht werden wie im sozio-educativen. Wir haben ganz konkrete Vorstellungen, was es an Zusatzausbildungen braucht, damit jemand die Ausbildung vom Educateur zum Educateur gradué machen kann.

In der Arbeitswelt der sozio-educativen Berufe rumort es schon seit längerem. Das Personal fordert einen Kollektivvertrag, der eine angemessene Bezahlung garantiert. Die Gewerkschaften haben mittlerweile ein Schlichtungsverfahren eingeleitet. Vorigen Donnerstag bekannten die Beteiligten an diesem Arbeitskonflikt auf Einladung der WOXX hin Farbe. Familienministerin Marie-Josée Jacobs, Jean Schoos, Leiter des "Jongenheem" und Vertreter des Patronats, Raoul Schaaf, Generalsekretär des "SEW-OGBL", und Thierry Lutgen, Vertreter der "Association Professionnelle des Educateurs gradués" diskutierten, moderiert von Germain Kerschen (WOXX) und Jean-Claude Wolf (100,7) in der voll besetzten Victor-Hugo-Halle.